DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

B. Berichte

B.2. Bericht der Ombudsperson an den Landesparteitag an den 16. Landesparteitag 1. Tagung

Einreicher: Dieter Gaitzsch

Seit der 3. Tagung des 15. Landesparteitages wurden folgende Anfragen weitergeführt:

- Anfrage aus dem Erzgebirge durch die Kreisgeschäftsführerin. Gespräche mit ihr und einer Genossin. Ein gemeinsames Gespräch mit den beiden Genossinnen an einem neutralen Ort kam noch nicht zustande, ist aber weiterhin geplant.
    - Keine Weiterführung, da die geplanten persönlichen Gespräche nicht stattfinden konnten und seit der Wahl des neuen Kreisvorsitzenden kein weiterer Bedarf gemeldet wurde.
- Landesrat zu überheblicher Ausdrucksweise des Sprechers der LAG Delegiertenmandat – wenn gewünscht, kann ein gemeinsames Gespräch noch erfolgen.
    - Die Ausdrucksweise wurde vom Sprecher der LAG als „Satire“ bezeichnet. Es wurde nach Rücksprache mit den Sprecher*innen kein Gespräch mehr geführt.
- Kreisvorstand Meißen durch den Kreisvorsitzenden zu schlechter Zusammenarbeit im Kreis.
    - Es wurde zahlreiche Gespräche geführt, mit dem Kreisvorstand und dem Ortsverband Riesa persönlich.
    - Durch Corona wurden weitere Gespräche telefonisch geführt oder per Mail kommuniziert.
    - Ein Gespräch zur Verbesserung des persönlichen Verhältnisses zwischen dem Ortsvorsitzenden Coswig/Weinböhla, dem Kreisgeschäftsführer und dem Kreisvorsitzenden wurde geführt. Es wurden Absprachen zum künftigen Umgang im beiderseitigen Einvernehme getroffen. Nachfolgend kam es zu einer Entspannung des Verhältnisses. Die polemische und oft satirisch gemeinte Kommunikation des Ortsvorsitzenden wirkt auf manche Genoss*innen verletzend.
    - Auf der LVV kam es zur verbalen Beleidigung wegen des öffentlich geäußerten Wahlverhaltens einer Delegierten. Der Kreisgeschäftsführer informierte die anwesende Ombudsperson. Sofortige Gespräche vor Ort als auch nachher führten zu keiner Entspannung.
    - Am 07.05.2021 wurde der Kreisvorstand und alle Ortsvorsitzenden von der Ombudsperson zu einem Gespräch über die Vorstellungen zur Parteiarbeit eingeladen. Diese Einladung war mit der Bitte verbunden, alle interessierten Genoss*innen einzuladen. Die Einladung wurde an teilweise nicht mehr gültige Mailadressen versendet. Dafür trägt die Ombudsperson die Verantwortung. Telefonisch und per Mail wurden die Rückfragen dazu geklärt.
    - Am 31.05.2021 fand das Gespräch, das wegen Corona online geführt werden musste, statt. Leider waren aus den Ortsverband Riesa die betroffenen Genoss*innen, trotz telefonischer Bitte der Ombudsperson und anderer Genoss*innen, nicht anwesend.
    - Das Ergebnis des Gesprächs: Es wird ein professioneller Supervisor beauftragt, weiterer Schritte zur Verbesserung der Zusammenarbeit durchzuführen.

- Es gab ein erstes Treffen der Ombudsperson mit dem Vertreter der Firma reSOURCE, welche für die Supervision angefragt wurde.
- Dem Landesvorstand wurde ein Angebot der Firma reSOURCE unterbreitet.
- Telefonisch wurde mit dem Vertreter der Firma reSOURCE abgestimmt, dass die Ombudsperson keine weiteren Aktivitäten unternimmt, bis die Supervision ihre Arbeit aufnimmt. Die weiteren Aktivitäten der Ombudsperson erfolgen in diesem Konflikt nur in Absprache mit den Durchführenden der Supervision.

Folgende neue Anfragen wurden bearbeitet:

- LAG Deutsch-Russische-Freundschaft (DRF)
  - Beide Sprecher*innen haben kein Vertrauen zueinander und erschweren damit die Arbeit der LAG. Der Mailverteiler der LAG wurde von der Sprecherin restriktiv verwendet und die Website der LAG wurde vom Sprecher als private Website genutzt.
  - In einem Gespräch mit den Landesvorsitzenden, der Landesgeschäftsführerin, der Ombudsperson und einem Sprecher wurden die Kompetenzen im Mailverteiler und der Website neu geregelt.
- Anfrage einer ehemaligen Genossin zur Teilnahme von Parteimitgliedern an Demonstrationen der Bewegung „Querdenken“. Diese Anfrage wurde nicht bearbeitet, weil die Ombudsperson hier befangen ist und deshalb nicht neutral agieren kann. Eine Weiterleitung an die Schiedskommission bzw. ein Antrag auf Abwahl der Ombudsperson wurden als weiteres Vorgehen für die Anfragende genannt.
- Rat für politische Bildung
  - Die Debattenkultur war für einige Genoss*innen unerträglich. Es gab Beleidigungen und Beschimpfungen.
  - In einem gemeinsamen Termin am 08.12.2020 wurden die Regeln der Kommunikation und Debatte im Rat gemeinsam bestimmt.
  - In den nachfolgenden Sitzungen im Beisein der Ombudsperson gab es eine sachliche Debatte in einer guten Atmosphäre.
- Anfrage aus dem Kreis Zwickau wegen nicht zu tolerierenden Umgangsformen eines Genossen.
  - Dem Genossen wurde die Bitte um Kontaktaufnahme mit der Ombudsperson übermittelt.

Berichte:

- Die Ombudsperson berichtete dem Landesrat in zwei Beratungen über die Arbeit und Schlussfolgerungen daraus.
- Die Ombudsperson nahm mehrfach an Beratungen des Landesvorstandes teil und berichtete ebenfalls über die Arbeit und die Schlussfolgerungen daraus.

Bisherige Erfahrungen:

Es gibt 3 Problemfelder im Landesverband, die sich in manchen Fällen auch überlagern:

1. Lange gewachsene Konflikte zwischen Personen und Gruppierungen – Diese können nicht rückwirkend aufgelöst werden. Die Lösung sehe ich in einer klaren Aufgabenabgrenzung, um Reibungsflächen zu minimieren und der Entwicklung von Empathie füreinander.
2. Konflikte mit einzelnen Personen, die in deren Persönlichkeit liegen – Keine Lösung durch die Ombudsperson in Gesprächen möglich.
3. Konflikte zwischen erfahrenen Parteimitgliedern und jungen oder neuen Parteimitgliedern über die Art der politischen Arbeit.

Fazit:

Grundsätzlich ist für die Verbesserung der Kultur des Umgangs miteinander die Kommunikation zu verbessern. Es werden mehr Möglichkeiten zu Gesprächen mit „neutralen“ Personen – ähnlich der Ombudsperson – in den Kreisen benötigt.

Das sollten erfahrene Parteimitglieder sein. Oft sind diese aber selbst in einer der Konfliktparteien verankert, somit ist deren Neutralität nicht immer gegeben.

Der Inhalt von Ombudsarbeit ist in der Landespartei besser zu kommunizieren. Von der Ombudsperson wird die Rolle eines Schiedsrichters erwartet. Ombudsarbeit geht aber von Konfliktlösungen aus, welche die Konfliktparteien selbst finden. Die Ombudsperson hat die Aufgabe, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln und diesen beim Finden einer gemeinsamen Lösung zu unterstützen.

Die Bereitschaft zur Kommunikation mit der oder den anderen Konfliktparteien ist weiterzuentwickeln.